

16.12

Bundesminister für Inneres Mag. Wolfgang Sobotka: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren des Bundesrates! Sehr geehrter Herr Minister! Werte Damen und Herren! Ich darf einleitend zu diesem Projekt beziehungsweise zur allgemeinen Situation ein paar Anmerkungen machen: Die polizeiliche Arbeit ist in Österreich, wenn man sie mit anderen Ländern misst, eine exzellente, sowohl was ihre inhaltliche Ausrichtung, die Ausbildung, als auch die Spezialgruppen betrifft. Wir haben, glaube ich, ein gutes System gefunden, insbesondere haben wir es den einzelnen Organisationseinheiten ermöglicht, auf der einen Seite den Dienst in der Bezirksinspektion hervorragend zu erfüllen, sich aber auf der anderen Seite auch Spezialwissen anzueignen, um dann wieder in diese Einheit zurückzukommen und dadurch eine ungeheure Flexibilität an den Tag zu legen. Das hat zu einem permanenten Rückgang der Zahl der Delikte geführt – das habe ich bei meinem Einleitungsstatement auch erwähnt –, wie es die Entwicklung der Kriminalität von 2004 bis zum Jahre 2015 gezeigt hat. Und wir sehen, dass es notwendig ist, diese Linie grundsätzlich beizubehalten.

Wir haben auf der anderen Seite zurzeit eine Aktion „Österreich sicher“ gestartet, um einen Aktionsplan ins Leben zu rufen, der sich nicht nur auf ein Faktum konzentriert, quasi den polizeilichen Druck und die Kontrolltätigkeit, sondern sich der Frage der Prävention, der polizeilichen Kontrolltätigkeit und Ermittlung widmet. Schlussendlich sollen mit Kollegen Brandstetter auch die Fragen der konzentrierten Strafführung und der Anklageführung über die Staatsanwaltschaft sowie die notwendigen Schritte, die sich dann daraus ergeben, geklärt werden.

Wir sehen, dass solche Aktionen wie gerade an der U 6 auch erste Erfolge zeitigen. Wenn es darum geht, den Polizeidruck massiv aufzubauen, dann zeigen die ersten Fälle – seit 21. April haben wir dieses Projekt laufen –, dass die Kriminalitätshandlungen im Bereich der Rauschgiftdelikte massiv zurückgegangen sind, dass die Zahl der Verhaftungen auch entsprechend größer geworden ist und sich die Situation massiv verbessert hat in der Frage, wie das Sicherheitsgefühl der Leute ist. Dass das aber nicht alles über polizeiliche Arbeit geleistet werden kann, sondern dass ein wesentliches Momentum das sogenannte subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist, ist ein anderer Faktor. Und wir sehen es an kuriosen Zahlen: Im Burgenland haben wir heute die höchste Zahl an Polizisten und Polizistinnen und die geringste Verbrechensrate. Wir sehen, dass zum Beispiel das gesamte Burgenland dieselbe Kriminalitätsstatistik hat wie der Bezirk Mödling in Niederösterreich. Wir sehen

aber, dass das Sicherheitsgefühl, das subjektive Sicherheitsgefühl bei diesen Menschen am geringsten ist.

Unsere Experten haben sich dazu Gedanken gemacht und geschaut: Wie und wo kann man in diesem Arbeitsfeld internationale Vergleiche erheben beziehungsweise sich nach internationalen Beispielen umsehen? Da gibt es viele Ansätze, und unter anderem ist einer davon: „Gemeinsam sicher“. Meine Vorgängerin hat dieses Projekt in Auftrag gegeben, um an vier Pilot-Standorten, -Bezirken und -Gemeinden Erfahrungen zu sammeln. Warum? – Weil in Deutschland, Holland, Amerika, vor allem in der Stadt Toronto das Kriminalitätsgefälle um 40 Prozent gesunken ist. Herr Kollege, Sie können es sich ansehen, ich bin gerne bereit, hier näher auf die Sache einzugehen, zu erklären, wie es zu den Entscheidungen gekommen ist, sich diesem Projekt zu nähern, denn in dieser Situation ist es natürlich ganz entscheidend gewesen, auf internationale Beispiele zurückzugreifen, bei denen Polizeiarbeit und Bürgerarbeit ineinandergreifen, um zu sehen, welchen Mehrwert das bringen kann. Dort ist es wirklich mit Involvement der Bürgerschaft gelungen, die Kriminalität sehr deutlich zu senken.

Wir müssen von einer Gesellschaft des Wegsehens zu einer Gesellschaft des Hinsehens werden. Und das ist nicht zu verwechseln mit einem Spitzelwesen, das ist nicht zu verwechseln mit einer polizeistaatlichen Maßnahme oder gar mit Denunziation. Das weise ich von Anfang an zurück, weil es ein ganz verkehrter Ansatz wäre.

Ganz im Gegenteil: Was wir damit verhindern wollen, ist, dass Gemeinden jetzt aufrüsten und sagen: Ich brauche eigentlich noch eine eigene Polizeitruppe! Wir haben ja noch immer Gemeinden, die eine städtische Polizei haben, und da sind ja einige dabei, die auch jetzt sagen: Wir müssen dort aufrüsten! Dieses Aufrüsten wird in dieser Form gar nichts bringen, weil das Sicherheitswachekorper zweier Natur sind, das führt zu Konkurrenzerscheinungen.

Das „Gemeinsam sicher“ müssen Sie anders verstehen, es hat eine ganz andere Struktur, und zwar soll es eine Involvement des Bürgers in die reale allgemeine Sicherheitslage fördern, um die Eigenverantwortung zu stärken. Das ist in diesen vier Pilotprojekten in zwei Bezirken und zwei Städten erfolgt. Warum die Frage der zwei Bezirke? – Schauen Sie, Mödling hat die höchste Kriminalitätsstatistik in Österreich, daher haben wir diesen Bezirk gewählt. (*Zwischenruf des Bundesrates Stögmüller.*) Und der Bezirk Schärding hat in der Situation eine mittlere Kriminalitätsrate im oberösterreichischen Raum, daher haben wir den gewählt.

Es ist interessant, Sie meinen, dass sich die Gemeinden deswegen beschweren. Das liegt in der Natur der Sache, bei einem Pilotprojekt gibt es Für und Wider, daher ist es

ja auch ein Pilotprojekt und nicht ein Roll-out. Daher kann man ja das als Kritik auch anbringen. Wir haben bereits zehn Sicherheitsgemeinderäte im Bezirk Schärding, und insgesamt gibt es eine ganze Reihe von Sicherheitsbürgern – darauf komme ich dann bei der konkreten Antwortbefragung zu sprechen –, die im Bezirk Schärding bereits 30 Personen ausmacht, ganz phantastisch, in Graz sind es bereits 500 Sicherheitsbürger, weil die schon ein Vorläuferprojekt laufen hatten. Ich denke, dass wir in der Konzeption sowohl mit Sicherheitsbürger als auch mit Sicherheitsgemeinderat ein Netz schaffen, das sich mit diesen Sicherheitsfragen beschäftigt, und zwar in der Frage der Prävention. Und Sie werden mir zustimmen, dass ich Gewalt nicht nur am Ende verhindern kann, sondern auch mit Präventionsarbeit, oder? Also in dieser Situation sind wir eines Sinnes, dass die Präventionsarbeit wahrscheinlich etwas ganz Entscheidendes ist, um Gewalt gar nicht entstehen zu lassen, Verbrechen gar nicht entstehen zu lassen und den Bürger bei dieser Prävention auch bei der Hand zu nehmen.

Aus meiner eigenen Erfahrung aus meiner früheren Tätigkeit als Regierungsmitglied des Landes Niederösterreich weiß ich, wie, wenn es darum gegangen ist, Wohnungen sicher zu machen, da die Zivilgesellschaft *mit* der Polizei, *mit* der Regierung, *mit* den Gemeinden ein Zusammenwirken erreicht hat – dort, wo es Fördermaßnahmen gegeben hat, wo es polizeiliche Aufklärungsarbeit gegeben hat, wo es eine klare Ansprechsituation gegeben hat und vor allem ein breites Bewusstsein, dass man auch selber etwas tun kann – und dass sich das ganz wesentlich auf die Statistik ausgewirkt hat.

Aber mir geht es nicht um die Statistik, sondern mir geht es in erster Linie darum, dass dieses Gefühl der Österreicher, dass sie in einem sicheren Land leben, auch in Zukunft erhalten bleibt. Das ist in der Situation dieses Pilotprojektes die erste Adresse.

Ich verstehe schon, dass das vielleicht nicht für jeden gleich in der ersten Situation zugänglich ist, weil manches in der Erprobungsphase ist und sich natürlich auch erst etablieren muss. Aber unser Ziel muss es natürlich sein, diese besondere Sicherheitslage Österreichs – das nach wie vor zu den sichersten Ländern in Europa gehört – noch auszubauen und diesen Anfängen zu wehren, wenn Leute ganz einfach das Gefühl haben: Was könnte da passieren?

Sie müssen auch sehen, dass man, wenn in einem Haus ein Einbruch erfolgte, mit der schönsten Statistik, die zurückgegangen ist, nichts mehr erreichen kann, denn diese Leute fühlen sich in ihrer persönlichen Intimsphäre verletzt, diese Leute fühlen sich in ihrer ganzen Persönlichkeit eingeschränkt. Da bedarf es eines breiten Vertrauens, bis

diese Menschen sich wieder in die Gesellschaft einbringen können. Ich weiß das aus vielen persönlichen Erfahrungen, ich war auch – gerade in diesem Bereich – kommunalpolitisch lange Zeit intensiv unterwegs. Und diese Leute auch zu begleiten, hat dieses Projekt letzten Endes als Inhalt in sich. Ich denke, dass man mit Alarmanlagen, mit einfachen Tipps und mit dem Aufzeigen von Möglichkeiten in einer Stadt, in einer Gemeinde letzten Endes mehr an Sicherheit erreichen kann und auch die öffentliche Verwaltung, die Politik, darauf aufmerksam machen kann.

Wir haben viele dieser Projekte gesehen. Da geht es einmal um die Straßenbeleuchtung, die verbessert werden kann, das nächste Mal geht es um andere Weganlagen, es geht um ganz andere Dinge, die wir zuerst eigentlich gar nicht als sicherheitsrelevant sehen. Daher dieses Projekt „Gemeinsam Sicher“, mit Sicherheitsbürgern, mit einem klaren Ansprechpartner.

Wir haben in unseren Kommunen ungeheuer viele Referenten, vom Umweltschutzreferenten über den Jugendreferenten bis hin zu allen Lebensbereichen. Was den Bereich der Sicherheit betrifft, haben wir in den Kommunen aber keinen Ansprechpartner. Daher ist die Sicherheit, aber auch an der gesetzlichen Basis, für die Kommune eine ganz wesentliche Aufgabe, und die endet nicht beim Bürgermeister und die endet nicht bei den Gemeinderäten, sondern die braucht auch eine Breite: daher ein Sicherheitsgemeinderat in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbürgern, und das braucht natürlich ein Pendant auf polizeilicher Seite.

Ich habe, als ich in das Amt gekommen bin, natürlich mit den Gewerkschaften gesprochen, habe auch die Bedenken, die sie gehabt haben, sehr ernst genommen. Wir werden dort auch weiterhin daran arbeiten, dass das auch mitgetragen wird, denn eine Aktion wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der dementsprechenden Einheiten und Mannschaften das auch mittragen.

Ich habe das auch bei meiner Präsentation in Eisenstadt gemerkt, da muss man noch am Wording drehen, da ist es notwendig, das eine oder andere auch mit sprachlicher Genauigkeit besser zu fassen. (*Zwischenruf des Bundesrates Stögmüller.*) – Das ist es ja. Was soll es denn sonst sein als ein Pilotprojekt? Ein Pilotprojekt bietet natürlich auch die Möglichkeit – und da bitte ich alle Parteien, aktiv mitzuarbeiten (*in Richtung des Bundesrates Stögmüller*) –, die persönlichen Erfahrungen, wie Sie sie zum Beispiel vom Bürgermeister von Schärding mitgenommen haben, dann zu konkretisieren. Das ist wichtig, um dieses Projekt entsprechend fit zu machen, so dass es wirklich gelebt wird.

Ich glaube, unser gemeinsames Interesse kann nur sein, dieses Land auf diesem hohen Sicherheitsstandard zu halten. Und wenn Sie gute Vorschläge haben, wie man das verbessern kann, dann stehe ich nicht an, das auch zu übernehmen, auch um die Zweifel zu zerstreuen, bei denen man gemeint hat, dass das DDR-Methoden wären. Dafür gibt es überhaupt keinen Anlass, und wir sind Vorschlägen gegenüber sehr offen.

Wesentlich ist aber, dass dies kein Projekt ist, das in Wien erdacht wird und draußen dann so quasi aufgesetzt wird, sondern das muss bottom-up reifen, wie das so schön heißt. (*Zwischenruf des Bundesrates Beer.*) Die Leute müssen es leben, müssen sagen: Das war etwas, das war nichts! Und wenn es nicht den nötigen Erfolg zeitigt und diese Maßnahmen nicht die Wirkung zeigen, die wir uns dadurch jetzt erwarten, dann muss man sich damit am Ende des Jahres auseinandersetzen und klären, welche anderen Schritte man setzen kann.

Nun darf ich zu den aktuellen Fragen kommen, die Sie gestellt haben:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die aktuelle Sicherheitslage war auch kein Auswahlkriterium, sondern das Ziel ist ein langfristiger Querschnitt aus den verschiedensten bundesweiten Anforderungsprofilen. Ich habe das vorhin auch erwähnt: Graz, also im großstädtischen Raum, mit einer ganz anderen Kriminalitätsstatistik wie Eisenstadt, und umgekehrt war es natürlich auch so bei Mödling und Schärding.

Zur Frage 3:

Bisher sind insgesamt vier Community-Referenten, also einer pro Bezirk, und in vier Bezirken insgesamt 34 Polizisten als Community-Polizisten ausgebildet worden.

Zu den Fragen 4 und 5:

Grundsätzlich ja, die Schulungen wurden auf Bezirksebene durchgeführt. Die Grundausbildung wurde in zwei Präsenzmodulen abgehalten und umfasste unter anderem folgende Inhalte: Bürgerbeteiligung, Kommunikationstechnik, soziale Medien, Prozessmanagement, Prävention und Rechtsfragen. Außerdem wurde bereits ein Schulungskonzept ausgearbeitet, um die flächendeckende Ausrollung einer raschen und effizienten Schulung in ganz Österreich erreichen zu können. Dort halten wir uns natürlich auch an die Erfahrungen der internationalen Vergleiche. Für uns ist es ganz wesentlich, dass wir das, was andere schon erprobt haben, auch übernehmen. Wir wollen ja von den Besten lernen, und Best-Practice-Beispiele sind hier auch gefordert.

Zur Frage 6:

Ja.

Zur Frage 7:

Die Meinung der Personalvertretung ist mir sehr wichtig, das habe ich schon gesagt. Aus diesem Grund habe ich Generaldirektor Kogler mehrfach mit Gesprächen beauftragt, das mit der Personalvertretung weiterhin voranzutreiben und vor allem auch die Möglichkeiten auszuloten, noch im bestehenden Prozess die Änderungen darzutun. Zu diesem Zweck gibt es am 22. und 23. Juni in Eisenstadt ein Jour fixe für alle Community-Polizisten, wozu wir auch die Personalvertreter einladen, damit sie die Möglichkeit haben, dort ihre Bedenken zu äußern.

Zu den Fragen 8 und 9:

Selbstverständlich zählt es zu den Aufgaben der Polizei, den Kontakt zur Bevölkerung zu halten und diese mit Informationen zu versorgen. Ja, das ist klar: In einer kleinen Gemeinde, die Sie zuerst erwähnt haben, Herr Kollege (*in Richtung des Bundesrates Stögmüller*), ist das wahrscheinlich eine ganz andere Zugänglichkeit als in einer großen Gemeinde, denn dort ist der Polizist, der Streifenpolizist (*Zwischenruf des Bundesrates Stögmüller*), der vielleicht noch in Zivil dort vorhanden ist und den man kennt, der selbstverständlich vernetzt ist, der dort tagtäglich den Kontakt hält, ja Teil dieses Community Policing. Da ist es auch ganz wesentlich, dass die Leute auch einen Ansprechpartner haben, wo sie Barrieren überwinden und eigentlich im informellen Bereich sehr gut mit ihm zusammenarbeiten können. Was wichtig ist: Der Community-Referent ist **nicht** der Bezirkskommandant. Das scheint unseren Leuten sehr wichtig zu sein, dass es da nicht zu einer Vermischung kommt und dass man da vor allem die Schwellen und die Barrieren sehr, sehr niedrig hält.

Zur Frage 10:

Durch die Einführung von „Gemeinsam Sicher“ kommt auf die Polizei keine direkte Mehrbelastung zu. Das ist klar, denn da haben wir klar erkannt: Wenn es zu einer Reduktion der Zahl der Kriminalitätsfälle kommt, wenn es zu einer Senkung der einzelnen Deliktgruppen kommt, dann ist es natürlich keine Mehrarbeit.

Wir haben bei jeder Bewertung einer PI **ein** großes Thema: Wie bewerten wir sie? Wir bewerten sie nach ihren polizeilichen Leistungen, der Aufklärung, der Verbrechensbekämpfung, aber wir können letzten Endes keinen Maßstab für die Prävention einführen. Die Situation ist für uns eine ganz wesentliche. Wir müssen uns auch einmal überlegen, wie wir eigentlich nur das bloße Anwesendsein eines Polizisten bewerten, dass es da eben keine Kriminalfälle oder Delikte gibt.

Ich habe das auch sehr deutlich gesehen, im Außenbereich Wiens, in den Hotspots, in der Nacht, und kann sagen: Wenn das Auftreten eines Uniformierten – Ausdruck des österreichischen Staates und der Staatsgewalt – keine wie immer geartete Maßnahme nach sich zieht, nämlich dass Kriminelle ihre Tätigkeiten einstellen, dann ist etwas unrichtig in diesem Staate. Daher haben wir dort massiv den verdeckten Ermittlungsdruck erhöht. Wir müssen aber wieder dorthinkommen, dass auch das Auftreten des Uniformierten und die Staatsgewalt als solche und der Repräsentant derselben bereits eine klare Äußerung für die Gesellschaft nach sich ziehen.

Zur Frage 11:

Derzeit wird erprobt, wie viele Arbeitsstunden für eine zweckmäßige Tätigkeit pro Beamten erforderlich sind, wobei ich betone, dass der Kontakt zwischen den Bürgermeisterinnen und den Schulvertretern natürlich auch bisher in den Amtsstunden erfolgt ist. Das ist ja bisher keine Freiwilligentätigkeit unserer Polizistinnen und Polizisten gewesen.

Zur Frage 12:

Nein, nach einem erfolgreichen Probetrieb ist angedacht, dass die Community-Polizisten diese Tätigkeit nicht zu 100 Prozent ausüben. Ich habe bereits einleitend gesagt, dass es für uns auch ganz wesentlich ist, dass unsere Polizisten immer wieder aus den Spezialeinheiten in den Regeldienst zurückkommen. Das heißt, die werden dann genauso im Kriminaldienst, im Verkehrsdienst und woanders eingesetzt.

Zu den Fragen 13 und 14:

Es sind alle Interessierten herzlichst eingeladen, sich bei der Polizei zu melden, um in den verschiedensten Bereichen als Sicherheitsbürger tätig zu sein. Es sind auch keine Begrenzungen der Zahl vorgesehen, denn sie bekommen keine besonderen Befugnisse. Sie bekommen nur Informationen und sollen diese auch nur als solche in diese Vernetzung einbringen. (*Vizepräsident Gödl übernimmt den Vorsitz.*)

Zur Frage 15:

Laut Stand Mai 2016 sind es in Mödling 60 Personen, in Graz die erwähnten 500, in Eisenstadt 11, in Schärding 30, die sich als Sicherheitsbürger gemeldet haben beziehungsweise mit der dortigen Polizei zusammenarbeiten.

Die hohe Zahl in Graz ergibt sich ganz einfach daraus, dass es vorher ein Projekt „Sicher leben in Graz“ gab, womit man bereits auf diese Erfahrungen der Bürger zugegangen ist.

Zur Frage 16:

Schulungen finden nicht statt, sie werden regelmäßig mit allgemein zugänglichen Informationen versorgt. Sicherheitsbürger gehen keine speziellen Verpflichtungen ein. Ihnen kommen auch keine besonderen Rechte zu, wie ich schon erwähnt habe, und ihnen kommen vor allem auch keine **hoheitlichen** Befugnisse zu.

Zur Frage 17:

Derzeit ist nicht geplant, dass Landesräten Aufgaben oder irgendwelche Kompetenzen im Projekt „Gemeinsam Sicher“ zukommen. (*Zwischenruf des Bundesrates Stögmüller.*)

Zusammenarbeiten wird die Polizei aber selbstverständlich mit allen, und das ist der Punkt: mit allen an Sicherheit interessierten Stellen!

Zur Frage 18:

Ich nehme die Anregungen und die Kritik in die weitere Arbeit für die Projekte auf, sehe aber natürlich keinen Anlass, es zu stoppen, denn das ist ja das Wesen eines Pilotprojekts: Ein Pilotprojekt hat ja den Charakter, zu erproben, sich zu verbessern und dann zu schauen, ob man dabei bleibt. Mit dem jetzt aufzuhören – vor allem unter der Zeit –, wäre der völlig falsche Ansatz. Jetzt läuft es erst seit Mitte April, und da jetzt einen Schlusstrich zu ziehen, wäre völlig verfrüht.

Zur Frage 20:

Das Projekt „Gemeinsam Sicher“ soll Folgendes gewährleisten: einen gemeinsamen Überbau über alle Bürgerbeteiligungsprojekte im gesamten Bundesgebiet, einheitliche Standards in der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Bürgern, die Stärkung des Vertrauens zwischen der Polizei und den Bürgern und vor allem die Moderation durch die Polizei bei gesamtgesellschaftlichen Problemen in der Gemeinde. Das ist für uns ganz wichtig, weil wir die Polizeiarbeit schon längst nicht mehr nur als das sehen, was in ihr als Uniformträger oft nur gesehen wird. In vielfacher Hinsicht ist gerade bei zivilrechtlichen und privatrechtlichen Auseinandersetzungen der Polizist Mediator, Moderator, Streitschlichter, ganz einfach Ermöglicher.

Ich habe offenbar die **Frage 19** vergessen:

Durch den Probetrieb fallen – vor allem im Laufe des Jahres – Kosten für Dienstreisen zu Schulungszwecken der Kollegen sowie die Anschaffung von Mobile Devices an; dafür stehen insgesamt 35 000 € zur Verfügung.

Zur Frage 21:

Ziel dieses wissenschaftlich begleiteten Projekts – das ist notwendig – ist es, die optimalen Voraussetzungen zu schaffen, um die angeführten Ziele bestmöglich zu erreichen.

Auf der einen Seite hoffe ich, dass ich Ihre Bedenken mit dieser Anfragebeantwortung zerstreuen konnte, auf der anderen Seite hoffe ich, Sie zu animieren, sich positiv in dieses Projekt einzubringen, sich einzuklinken. Sie sind hiermit herzlich eingeladen, mitzutun beziehungsweise dort, wo es weiterhin die Möglichkeit gibt, sich einzubringen und auch Verbesserungsvorschläge einzubringen, das auch zu tun.

Wir sehen insgesamt, insbesondere in den ersten Wochen, eine sehr große Begeisterung und Bereitschaft, das zu tun. Das ist natürlich nicht durchgängig gegeben, das ist gar keine Frage. Und so muss man auch mit einem Pilotprojekt umgehen: Wir schließen am Ende des Jahres 2016 das Pilotprojekt ab, evaluieren es, erstellen einen Bericht und entscheiden uns dann, wie wir damit weiter vorgehen werden. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP sowie der Bundesrätin Winkler.)*

16.34

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Danke, Herr Bundesminister, für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 61 Abs. 7 der Geschäftsordnung die Redezeit eines jeden Bundesrates mit insgesamt 20 Minuten begrenzt ist.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Herbert. – Bitte.